Standesangelegenheiten.

Haftung für Arztforderungen.

Von Rechtsanwalt Dr. Leo Goldschmidt in Charlottenburg.

Heiß umstritten in Literatur und Rechtsprechung ist die Frage, wer dem herbeigerufenen oder aufgesuchten Arzt für Zahlung des Honorars aufzukommen hat.¹⁾ Um so unhaltbarer ist der Zustand, als die oberen Gerichte bei der Geringfügigkeit der ärztlichen Beträge sich in der Regel mit der Frage der Haftung nicht befassen und die unteren Gerichte oft ein und desselben Ortes in ihren Entscheidungen auseinandergehen. Beispielsweise herrschen bei den Berliner Gerichten, wie kürzlich ein am 7. Juli 1910 vom Amtsgericht Berlin-Mitte erlassenes Urteil zeigt, das sich zutreffend in diametralem Gegensatz zu einem Urteil des Landgerichts II, Berlin, vom Jahre 1908 stellt, verschiedene Anschauungen über die Haftung des Arzthonorars. Es dürfte daher sowohl für den Arzt wie für das Publikum von Interesse sein, kurz die Frage der Haftung für das beanspruchte Honorar zu erörtern.

Der Hauptanlaß zu der Streitfrage ist der Umstand, daß der Arzt in der Regel seine Dienste vorher leistet und diese seine Hilfeleistung nicht von vorherigen Erörterungen über die Person des Zahlungspflichtigen abhängig macht, vielmehr der an ihn ergangenen Aufforderung ohne weiteres Folge leistet. Es ist nun zu beachten — wie das erwähnte Urteil des Amtsgerichts ausführt, zutreffend — daß der Arzt wegen seines Honorars so sicher zu gehen wünscht, wie nur irgend möglich und mithin möglichst viel der in Betracht kommenden Personen für sein Honorar sich verpflichten will. Dieser Wunsch ist dem hilfesuchenden Publikum bekannt. Wird daher die Hilfeleistung in Anspruch genommen, so ist das Einverständnis der Beteiligten mit dem Wunsche des Arztes als stillschweigend erklärt anzusehen und die Haftung im weitesten Sinne auszusprechen. Wer daher als Arzt zu einem Familienangehörigen gerufen wird, der kann im Zweifelsfalle sowohl den Patienten selbst als auch den Unterhaltspflichtigen auf Zahlung in Anspruch nehmen, sofern dieser gegen die ärztliche Hilfeleistung keinen Widerspruch erhebt. Nun gibt es indes Fälle, wo eine solche stillschweigende Einigung betreffs der Haftung für die ärztliche Forderung nicht zwischen sämtlichen Beteiligten zustande gekommen ist oder kommen kann, weil beispielsweise der Patient bewußtlos oder minderjährig oder der Unterhaltspflichtige abwesend ist und von der Hilfeleistung des Arztes keine Kenntnis hat. Es fragt sich nun, ob auch in derartigen Fällen der Arzt an beide, den Patienten als auch den Unterhaltspflichtigen, sich halten kann.

Es sind hier verschiedene Fälle denkbar. Für die Regel wird die oben aufgeworfene Frage zu bejahen sein. Der Arzt besorgt nämlich hier fremde Geschäfte, und zwar für den Patienten selbst wie für den Unterhaltspflichtigen. Demnach wird nach den Grundsätzen des BGB. (vgl. §§ 683, 677) über auftragslose Geschäftsführung sowohl eine Haftung für den Patienten als auch den Unterhaltspflichtigen begründet. Der Arzt kann für seine Tätigkeit vom Patienten oder vom Unterhaltspflichtigen Ersatz der Aufwendungen, mithin angemessene Vergütung für seine Tätigkeit beanspruchen. Dies ist, wie bereits oben ausgeführt, als Regelfall anzusehen. Behandelt also ein Arzt eine Ehefrau oder einen Familienangehörigen, so hat er in gleicher Weise gegen die Frau bzw. gegen den Angehörigen als auch gegen den Hausherrn (Vater bzw. Ehegatten) einen Anspruch auf Zahlung seines Honorars, gleichviel wer zum Arzt geschickt oder den Auftrag sonst dazu erteilt hat.

Der gleiche Gesichtspunkt muß aber auch dort Platz greifen, wo

¹⁾ Einzelne Entscheidungen über diese Frage hat Flügge in dieser Wochenschrift 1904, No. 30; 1905, No. 10 u. 48; 1906, No. 52; 1907, No. 20; 1908, No. 30 u. 42; 1909, No. 12 mitgeteilt.

die Herrschaft ihrem Dienstherrn ärztliche Hilfe angedeihen läßt und auf Veranlassung der Herrschaft der Arzt hergekommen ist oder das Mädchen den Arzt aufgesucht hat. Hier ergibt sich die Haftung des Mädchens ohne weiteres nach dem obigen. Die Verpflichtung der Herrschaft gegenüber dem Arzt ist weiter aber um deswillen anzunehmen, als gemäß § 617 BGB. die Dienstmagd Anspruch auf freie ärztliche Behandlung gegenüber ihrem Dienstgeber hat und somit auch die Vorschriften des BGB. über auftragslose Geschäftsführung gegenüber dem Dienstherrn Anwendung finden. Dagegen kann von einer Haftung des Hausherrn in solchen nicht eiligen Fällen nicht die Rede sein, wo ein Familien- oder Hausangehöriger wider Willen des Hausherrn einen anderen Arzt aufsucht, wenn beispielsweise ein Hausarzt angestellt ist. In derartigen Fällen hat eben die Besorgung der Geschäfte durch den fremden Arzt für den Hausherrn dem ausdrücklichen Willen des letzteren widersprochen, und gemäß den Bestimmungen des BGB. ist ein Ersatz für die Mühewaltung des Arztes nicht gegeben, soweit der Hausvorstand in Frage kommt.

Zum Schluß mag noch die Haftung für Arztforderungen bei Hilfeleistung Minderjähriger erörtert werden, die zu besonders lebhaftem Streit Anlaß gibt. Hier sind die Fälle zu unterscheiden, ob der Minderjährige den Arzt mit oder ohne Zustimmung des Inhabers der elterlichen Gewalt für sich in Anspruch genommen hat. Der Einwilligung des Vaters steht es gleich, wenn ärztliche Hilfe sofort notwendig war. In derartigen Fällen, wo ausdrückliche Zustimmung gegeben ist oder infolge der Notlage als erteilt anzusehen ist, ist eine Verpflichtung des gesetzlichen Vertreters für Zahlung der Arztkosten aus den obigen Gesichtspunkten ohne weiteres anzunehmen. Wie aber ist zu entscheiden, wenn in nicht notwendigen Fällen der Minderjährige ohne Zustimmung einen Arzt aufsucht oder beispielsweise aus irgendwelchen Motiven statt des festangestellten Hausarztes einen fremden konsultiert? Hier ist meines Erachtens ein Anspruch gegen die Eltern des Kindes nicht gegeben, da die Handlung des Kindes gegen den ausdrücklichen Wunsch des Inhabers der elterlichen Gewalt verstößt und von einer Geschäftsführung ohne Auftrag durch den Arzt für den gesetzlichen Vertreter, die zur Erstattung der Aufwendungen verpflichtet, nicht die Rede sein kann. Auch von einer ungerechtfertigten Bereicherung des gesetzlichen Vertreters wird meist nicht gesprochen werden können. Es fragt sich nun, ob der Arzt leer ausgehen soll, wenn er dem Minderjährigen seine Hilfeleistung kreditweise hat angedeihen lassen, oder ob er sich an den Patienten halten kann. Der Minderjährige kann nach den Vorschriften des BGB. ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters keine Verträge schließen, mithin kann er sich auch dem Arzt gegenüber für dessen Bemühungen nicht rechtlich verpflichten; ein Vertrag (Dienst- oder Werkvertrag) ist daher zwischen Arzt und Patienten nicht zustande gekommen. In solchen Fällen kann der Arzt an sich auf Grund der Vorschriften über die ungerechtfertigte Bereicherung Herausgabe der Bereicherung von dem Minderjährigen verlangen, denn die Dienste des Arztes sind ohne rechtlichen Grund dem Minderjährigen geleistet. Es fragt sich nun, ob die ärztliche Hilfeleistung eine Bereicherung für die Gegenseite darstellt. Diese Frage ist meines Erachtens dann zu bejahen, wenn die ärztliche Hilfeleistung erforderlich war. Hier ist dann durch die unentgeltliche ärztliche Behandlung der Minderjährige bereichert, obgleich es sich hier um schlecht in Geld abschätzbare Leistungen handelt, beispielsweise da, wo etwa der Minderjährige aus grundloser Furcht ärztliche Hilfe in Anspruch genommen hat. Immerhin läßt sich aber sagen, daß der Minderjährige auf Kosten des Arztes, der ohne Entgelt Dienste verrichtet hat, bereichert ist, selbst wenn dem Minderjährigen ein anderer Arzt seitens des gesetzlichen Vertreters zur Verfügung gestanden hätte. Es hat daher der Minderjährige den Wert der Leistung herauszugeben, also eine entsprechende Vergütung dem Arzte zu gewähren, da die Herausgabe der ärztlichen Dienstleistung ausgeschlossen ist. Es soll jedoch nicht verkannt werden, daß es immerhin fraglich und die Entscheidung schwierig sein kann, ob im Einzelfalle eine Bereicherung des Minderjährigen gegeben ist oder nicht. Diese liegt aber jedenfalls dann vor, wenn beispielsweise ein geschlechtskranker Minderjähriger unter Umgehung des Hausarztes, um diesem und seinem Vater seine Krankheit zu verheimlichen, die Hilfe eines anderen Arztes, beispielsweise eines Spezialarztes, in Anspruch nimmt. Von einer Haftung des Vaters im letzten Falle kann, wie oben ausgeführt, nicht die Rede sein, da dieser ja die Dienste des Hausarztes seinem Sohne zur Verfügung gestellt und jenem dafür Zahlung gewährt, sodaß eine Bereicherung auf Seiten des Inhabers der elterlichen Gewalt nicht gegeben ist; lediglich der minderjährige Patient ist dem Arzt gegenüber verpflichtet.

Dies alles zeigt, wie strittig die Frage der Haftung für das ärztliche Honorar ist und welche Schwierigkeiten im Einzelfalle entstehen können. Mittel und Wege, auf praktische Weise dem Mißstande abzuweichen, lassen sich schwer angeben, um so weniger, als oft das Einverständnis der Herrschaft oder des Vaters als vorhanden angegeben wird und sich erst nachträglich herausstellt, daß die Zustimmung versagt oder erdacht war.